Deutscher Bundestag **Drucksache 19/14288**
22.10.2019
19. Wahlperiode

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Antrag der Bundesregierung

– Drucksachen 19/13290, 19/14287 –

Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte – Stabilisierung sichern, Wiedererstarken des IS verhindern, Versöhnung fördern in Irak und Syrien

Bericht der Abgeordneten Martin Hohmann, Alois Karl, Doris Barnett, Michael Georg Link, Michael Leutert und Ekin Deligöz

Mit dem Antrag bittet die Bundesregierung den Deutschen Bundestag, dem von der Bundesregierung am 18. September 2019 beschlossenen Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhinderung des Wiedererstarkens von IS und zur Förderung der Versöhnung in Irak und Syrien zuzustimmen.

Es können bis zu 700 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden.

Für Phasen der Verlegung und Rückverlegung sowie im Rahmen von Personalwechseln und in Notsituationen darf die Personalgrenze vorübergehend überschritten werden.

Die hierfür vorgesehenen Kräfte können eingesetzt werden, solange die völkerrechtlichen Voraussetzungen und die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages vorliegen, längstens jedoch bis zum 31. Oktober 2020.

Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für den Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte, um in Irak und Syrien die Stabilisierung zu sichern, ein Wiedererstarken von IS zu verhindern sowie Versöhnung zu fördern, werden für den Zeitraum 1. November 2019 bis 31. Oktober 2020 voraussichtlich insgesamt rund 52,7 Mio. Euro betragen und aus dem Einzelplan 14 Kapitel 1401 Titelgruppe 08 bestritten. Hiervon entfallen auf das Haushaltsjahr 2019 rund 10,2 Mio. Euro und auf das Haushaltsjahr 2020 rund 42,5 Mio. Euro. Für die einsatzbedingten Zusatzausgaben im Haushaltsjahr 2019 ist im Bundeshaushalt 2019 im Einzelplan 14 Vorsorge getroffen. Für die einsatzbedingten Zusatzausgaben im Haushaltsjahr 2020 wurde im Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2020 im Einzelplan 14 Vorsorge getroffen.

Der Haushaltsausschuss hält den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführen Auswärtigen Ausschuss vorgelegten Beschlussempfehlung.

Berlin, den 17. Oktober 2019

Der Haushaltsausschuss

Peter Boehringer
Vorsitzender

Martin Hohmann
Berichterstatter

Alois Karl
Berichterstatter

Doris Barnett
Berichterstatterin

Michael Georg Link
Berichterstatter

Michael Leutert
Berichterstatter

Ekin Deligöz
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.